
Makro – Mikro – Makro

Über Konjunkturen der Parlamentsforschung, den Beitrag der Soziologie und das Potenzial mikroanalytischer Perspektiven

Helmar Schöne

Abstract

Der Beitrag fragt nach der Rolle soziologischer Perspektiven in der zeitgenössischen Parlamentarismusforschung. Inwiefern haben soziologische Theorien und Untersuchungsansätze die Entwicklung der modernen Forschung über Parlamente beeinflusst? Dabei wird ein besonderer Fokus auf die aus alltags- und wissenssoziologischen Theorien gespeiste Analyse parlamentarischen Alltagshandelns gelegt. Der Nutzen mikrosoziologischer bzw. mikropolitologischer Ansätze für die Parlamentsforschung wird aufgezeigt.

Betrachtet man die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Parlamentsforschung, wird ein in jüngeren Publikationen auftauchender Defizitbefund zur Parlamentssoziologie mindestens verwundern. Dort wird die Diagnose eines „Desinteresses an Parlamenten“ seitens der Soziologie gestellt. Die Soziologie würde sich hauptsächlich auf die Auseinandersetzung mit dem Politischen jenseits der klassischen Institutionen politischer Systeme konzentrieren. Die Soziologie lasse „die politischen Institutionen weitgehend außen vor“ (Brichzin 2016, S. 91f.). Auf der Fachtagung, aus welcher dieser Sammelband hervorgegangen ist, wurde diese Beobachtung sogar zum Leittopos erhoben: Eine Soziologie der Parlamente gäbe es nicht, wurde dort konstatiert (Kastner 2016, S. 191).

Lässt sich mit einem Blick auf die Geschichte der Parlamentarismusforschung nicht zu einem gegenteiligen Schluss kommen? Die Soziologie steht sozusagen an der Wiege der U.S.-amerikanischen legislative studies, dem größten Forschungsgebiet der amerikanischen Politikwissenschaft, die wiederum zu einem wichtigen

Inspirationsquell für die deutsche Parlamentarismusforschung geworden ist. Es sind soziologische Theorien und Untersuchungsansätze, welche die Entwicklung der modernen Parlamentarismusforschung entscheidend geprägt haben.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Beitrag ein doppeltes Interesse: Er fragt zunächst, welche Rolle soziologische Perspektiven in der zeitgenössischen Parlamentarismusforschung gespielt haben und wie wirkungsmächtig sie waren – und nach wie vor sind. An welche dieser Pfade lohnt es anzuknüpfen? Welche sind als Theoriegeber geeignet? Welche sind – um im Bild zu bleiben – ausgetreten? Welche wurden in der Vergangenheit nicht beschritten, obgleich es sich lohnen würde, sie zu verfolgen?

Als ein solch lohnender Pfad wird – im zweiten Teil des Beitrages – eine aus alltags- und wissenssoziologischen Theorien gespeiste Analyse parlamentarischen Alltagshandelns vorgestellt. Sie erlaubt eine spezifisch soziologische Perspektive auf das Parlament, indem sie auf die soziale Konstruktion und Reproduktion institutioneller Zusammenhänge durch das Handeln von Abgeordneten schaut. Abschließend plädiert der Aufsatz für eine Fortsetzung mikrosoziologisch bzw. mikropolitologisch ausgerichteter Arbeiten und zeigt ihren Nutzen für die Parlamentsforschung auf.

1 Soziologische Perspektiven in der Parlamentarismusforschung

Gerhard Loewenberg, der Autor der ersten Monografie über den deutschen Bundestag aus den 1960er Jahren (Loewenberg 1967), hat vor wenigen Jahren in einem Alterswerk, den Verlauf der bisherigen Parlamentarismusforschung einprägsam einfach mit drei Begriffen zusammengefasst: Makro – Mikro – Makro. „The development of methods of legislative research can be seen as an evolution from methods of macropolitical analysis, of studying the institution as a whole in terms of its legal and constitutional framework, to microanalytical analysis of its members, their perceptions, their role concepts, and their actions, and then once again to the study of the institution as a whole, modeled as a set of rules in which actors pursue strategies in a game in which each intends to prevail“ (Loewenberg 2011, S. 122).

Loewenberg hat hier zunächst die US-amerikanische Ausprägung der legislative studies im Blick, an seine Systematisierung lässt sich aufgrund der Rolle der amerikanischen Politikwissenschaft als international einflussreicher Leitdisziplin aber darüber hinaus anknüpfen.

Am Beginn der Parlamentarismusforschung stand die Analyse des Parlaments als Institution in seinem verfassungsrechtlichen Rahmen und in seiner Beziehung zu den anderen politischen Institutionen. In dieser ersten Makro-Phase dominierte die Beschäftigung mit strukturellen, institutionellen und staatsrechtlichen Fragen (vgl. für die deutsche Parlamentsforschung z. B. Thaysen 1976; Schäfer 1982; Schneider und Zeh 1989). Dann konzentrierte sich die Forschung auf die Mikroanalyse der AkteurInnen im Parlament, ihre Orientierungen, ihre Rollenverständnisse und auf ihr Verhalten. Schließlich fand eine erneute Hinwendung zu makropolitischen Perspektiven statt. Beeinflusst vom Rational-Choice-Institutionalismus rückten wieder die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses, diesmal aber, um das Handeln der AkteurInnen und die Resultate der Parlamentsarbeit, den „collective outcome“ des Parlaments, zu erklären.

Auf der Suche nach dem Soziologischen in der Parlamentarismusforschung lohnt es sich vor allem, sich der mittleren Phase zuzuwenden. In dieser Phase ist es die soziologische Rollentheorie, die den theoretischen Rahmen für die behavioristische Revolution auch in der Parlamentarismusforschung geliefert hat. Mit ihr rückten die einzelnen Abgeordneten als zentrale Beobachtungseinheit in den Mittelpunkt; angeleitet durch die Annahme, dass man das Parlament als Institution, seine Strukturen und seine Funktionen, aus dem Verhalten der einzelnen ParlamentarierInnen verstehen könne.

Heute können wir die einflussreiche rollenanalytische Arbeit von Wahlke et al. „The Legislative System“ aus dem Jahr 1962 als ein epochales Werk bezeichnen, weil es die Rollentheorie für viele Jahre zu einem integrierenden Leitbild der Parlamentarismusforschung gemacht hat. Anknüpfend an die strukturfunktionalistischen Überlegungen von Parsons (1964) und Merton (1967) bilden Wahlke und seine Co-Autoren auf der Grundlagen von Interviews, in denen sie die Rollenorientierungen von Abgeordneten erhoben haben, das Parlament als ein System verschiedener Rollen ab.

Ihnen kam damit der Verdienst zu, die Mikro- und Makroebene, also die Ordnungsbildung in und durch Parlamente, miteinander verbunden zu haben. Die Erhebung von Rollenorientierungen zielt auf die alltäglichen Sinndeutungen von Abgeordneten, das daraus konstruierte Rollengefüge hingegen hilft uns die Makroebene der institutionellen Strukturen und Funktionen zu verstehen.

In dieser frühen Arbeit ist eine Reihe von Entwicklungssträngen angelegt, die für das Betreiben von Parlamentssoziologie heute nach wie vor von Bedeutung sind. Zunächst entwickelte sich aus der kritischen Auseinandersetzung mit „The Legislative System“ auch eine Debatte um die Frage nach den für die Erforschung von Parlamenten am besten geeigneten Methoden. Wahlke und seine Kollegen hatten

sich nämlich noch ganz auf die Analyse von Interviewdaten beschränkt. Damit ging notwendigerweise eine Verengung ihrer Erkenntnismöglichkeiten einher, weil die Befragungsdaten lediglich Aussagen über die Rollenorientierungen von Abgeordneten lieferten, aber nicht die Analyse realen Rollenverhaltens gestatteten.

Dafür bedurfte es der Arbeiten Richard Fennos, der aus der teilnehmenden Beobachtung von Mitgliedern des U.S.-amerikanischen Repräsentantenhauses, später auch des Senats, Analysen zum Verhaltensstil von VolksvertreterInnen erstellt hat (Fenno 1978 u. 1998). Er lieferte damit sozusagen die Ergänzung der Rollentheorie um den Verhaltensaspekt. Fennos Werke zählen heute zu den Klassikern der Disziplin, begriffsbildend ist er aber – neben dem Fenno'schen Paradox¹ – vor allem mit dem Titel seines Buches „Home Style“ geworden.

Das freilich trägt die Bürde, wie es John Hibbing einmal formuliert hat, ein „in one sense remarkably uninfluential book“ zu sein (Hibbing 2003). Es ist eines der am meisten zitierten Bücher über Abgeordnete, das aber in methodischer Hinsicht nur wenige Nachfolgestudien angeregt hat. Bis heute gehört die teilnehmende Beobachtung in der Politikwissenschaft zu den nur sehr zurückhaltend genutzten Methoden.

Diesbezüglich erweisen sich wiederum die Arbeiten von SoziologInnen als Impulsgeber. Die Soziologie nutzt die teilnehmende Beobachtung selbstverständlicher als Datenerhebungsmethode als die Politikwissenschaft (vgl. Schöne 2005). Entsprechend stammen viele jüngere, ethnographisch inspirierte Arbeiten über Parlamente, aus der Feder von SoziologInnen (Scheffer 2014; Brichzin 2016).

Die soziologische Rollentheorie prägte dann auch die deutschsprachige Parlamentarismusforschung, auch wenn sich hier eine bemerkenswerte Ungleichzeitigkeit zwischen der U.S.-amerikanischen und der deutschen Parlamentarismusforschung beobachten lässt (Patzelt 2004). In Deutschland dauerte es bis in die 1990er Jahre bis rollentheoretische Ansätze umfangreicher rezipiert wurden. Zu diesem Zeitpunkt waren sie in den USA längst durch das Rational-Choice-Paradigma und formale Methoden abgelöst worden.

Mit jenen Arbeiten drehte sich der Blickwinkel der U.S.-amerikanischen Parlamentarismusforschung sozusagen um 180 Grad (vgl. Schöne und Blumenthal 2009): Die durch die Rollentheorie geprägte Forschung zieht aus der Beobachtung der AkteurInnen der Institution Schlüsse über die Institution und ihre Funktionsweise. Die spieltheoretische Forschung dagegen schließt aus der Beobachtung der Spielregeln, die in der Institution gelten, auf das (rationale) Verhalten der Mitglieder. (Kiewit et al. 2002, S. 6). Nicht mehr die Abgeordneten, sondern die

1 “We do, it appears, love our congressmen. On the other hand, it seems equally clear that we do not love our Congress.” (Fenno 2001, Original: 1972).

geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln, welche die Voraussetzungen für die Gleichgewichtszustände des Systems schaffen, stehen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses (Shepsle 2002, S. 393f.). Grundannahme ist hier, dass die ParlamentarierInnen rational ihre Ziele verfolgen (was selbst nicht untersucht wird) und daher den Spielregeln folgen. „The assumption that these actors, existing as they do in an intensely competitive political environment, are engaged primarily in purposive behavior intended to further their reelection goals seems eminently plausible“ (ebd., S. 5). Die zunehmende Verbreitung der aus den Wirtschaftswissenschaften inspirierten Rational-Choice-Theorie hat sich allmählich entwickelt: Frühe Arbeiten aus den 1970er Jahren versuchten das parlamentarische Handeln der Abgeordneten aus ihren Wahlkreisbindungen zu erklären (Fiorina 1977; Mayhew 1974). In den 1990er Jahren wurde die Dominanz des Ansatzes einerseits durch die Rezeption neoinstitutionalistischer Theorien (Huber 1996; North 1990) und andererseits durch die verbreitete Anwendung formaler Modelle der Positive Political Theory (Shepsle und Weingast 1995) verstärkt.

Es sind vor allem drei unterschiedliche Erklärungsansätze, welche die Handlungsrationalität des U.S.-Kongresses zu erklären versuchen. Das Parteien-Modell („partisan theory“) versteht die Parlamentsausschüsse als Agenten der Parlamentsmehrheit. Sie sorgen dafür, dass sich die Interessen der Mehrheit im parlamentarischen Entscheidungsprozess durchsetzen. Daher ist ihre Autonomie durch die Entscheidungen der Parlamentsmehrheit beschränkt (z. B. Cox und McCubbins 1993). Das Verhandlungs-Modell („distributive theory“) dagegen betont, dass Ausschüsse Agenten individueller Abgeordneteninteressen sind (z. B. Shepsle 1979 sowie Shepsle und Weingast 1981). „Standing committees exist to aid individual members in attaining their reelection goals by providing the major route for securing specialized benefits for the members’ constituencies“ (Martorano 2006, S. 206). Das Informations-Modell („informational theory“) schließlich beschreibt die Rolle der Ausschüsse als starke, autonome Akteure und Agenten des Parlaments insgesamt (z. B. Krehbiel 1991). Ihre Aufgabe ist es, durch Spezialisierung und Expertentum den Entscheidungsprozess des Parlaments effizient zu gestalten. „In these cases, the information provided by the committee and its final decision are trusted by the full chamber as being accurate and consistent with the full chamber’s policy preferences“ (Martorano 2006, S. 209). Kiewiet, Loewenberg und Squire haben gezeigt, dass die durch Rational-Choice-Theorien geprägte U.S.-amerikanische Parlamentarismusforschung jenseits dieser Differenzen einige gemeinsame Grundannahmen teilt. „There are many assumptions about the U.S. Congress that scholars share, most notably the centrality of the reelection motive, the rational basis of congressional career decisions, and the crucial importance of agenda setting“ (2002, S. 8).

Die bereits oben erwähnte Ungleichzeitigkeit führte in Deutschland zu einer nur zögerlichen Rezeption dieses – in Loewenbergs Terminologie (2011, S. 114) – neueren „macropolitical approach“ aus den USA (vgl. jüngst u.a. Hönnige und Sieberer 2011; Sieberer 2015; Sieberer et al. 2016). Stattdessen erwies sich – wenn auch zeitversetzt – die Adaption der rollentheoretischen Überlegungen aus der Soziologie in die Parlamentsforschung als überaus fruchtbar.

Fruchtbar waren sie einesteils im Sinne einer theorienkonstruierenden Weiterentwicklung der Parlamentarismusforschung und anderenteils als Rahmen für eine Fülle empirischer Studien zum Amts- und Repräsentationsverständnis von Abgeordneten, zu den Arbeitsschwerpunkten von VolksvertreterInnen zwischen Wahlkreis-, Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit und zu den gesellschaftlichen Netzwerken von ParlamentarierInnen. Sehr viele dieser Arbeiten sind mit dem Namen des Dresdner Politikwissenschaftlers Werner Patzelt verbunden (u.a. Patzelt 1991 u.1993 sowie Patzelt und Algasinger 2001).

Die benannte Ungleichzeitigkeit dauert bis in die unmittelbare Vergangenheit an, denn es finden sich auch viele jüngere Arbeiten, die sich dem „micropolitical approach“ zuordnen lassen. Nicht zuletzt lassen sich Beiträge dieses Bandes in der Tradition solcher Arbeiten verorten.

Oertzen (2006) etwa hat das Rollenkonzept für die deutsche Parlamentarismusforschung revitalisiert. Er verwendet einen dreidimensionalen Rollenbegriff, nach dem eine Rolle einerseits aus der Rollenorientierung und dem Rollenverhalten des Rolleninhabers und andererseits aus den an ihn herangetragenen Rollenerwartungen besteht. Wenn auch keine gänzliche Deckungsgleichheit, so muss doch ein gewisses Maß an Übereinstimmung der drei Rollenanteile gegeben sein, um von einer Rolle sprechen zu können. Von solchen Positionsrollen lassen sich – in Anlehnung an Searing (1994), der die Rollen des britischen Unterhauses untersucht hat – so genannte Präferenzrollen unterscheiden, die durch eigene Schwerpunktsetzungen der Abgeordneten entstehen. Weil Wahlke et al. Rollen als „set of norms“ konzipiert haben, genügte ihnen für die empirische Analyse eine Interviewstudie, um die Rollenorientierungen der ParlamentarierInnen zu erheben. Der um das Rollenverhalten erweiterte Rollenbegriff dagegen erfordert eine Kombination von Beobachtungs- und Befragungsmethoden, um Verhaltensweisen und Orientierungen miteinander in Beziehung zu setzen. Im Ergebnis beschreibt Oertzen acht verschiedene Rollen in zwei Arenen – den Arbeitskreisen und Ausschüssen – und wie diese Rollen zur Funktionserfüllung des Parlaments beitragen.

Ferner finden sich einige Arbeiten, die Parlamentsforschung mit dem Konzept der „Mikropolitologie“ betrieben haben, dessen theoretische Ausgangspunkte ebenfalls im Bereich der Soziologie, vor allem der Organisationssoziologie, zu finden sind (vgl. Rüb 2013, S. 341). Statt Organisationen im Weber'schen Sinne als

rational, bürokratisch und rechtlich strukturiert zu verstehen, hat die Organisationssoziologie sie als lose verkoppelte, informale und auch indifferente Gebilde konzipiert. Institutionen sind das – jeweils nur vorläufige – Ergebnis von Kommunikations- und Interaktionsprozessen (vgl. z. B. March und Olsen 1989; Crozier und Friedberg 1979). Nullmeier et al. (2003) haben sowohl parlamentarische Gremien (die Fraktionsarbeitsgruppe Bildung der SPD-Bundestagsfraktion und den Wissenschaftsausschuss) als auch Gremien des Wissenschaftsrates teilnehmend beobachtend begleitet, um zu zeigen, wie Politik in ihrer Alltäglichkeit funktioniert. Um zu erklären, wie politischen Entscheidungen im Alltagshandeln entstehen, heben sie auf drei zentrale Kategorien ab: Wissen, Praktiken und Positionierungen. Insbesondere die Praktiken sind dabei von Bedeutung (Pritzlaff und Nullmeier 2009). Sie stellen kollektive Handlungsmuster, spezifische Formen des Operierens in einem sozialen Kontext dar. Weil Praktiken keine Einmal-Interaktionen sind, sondern organisationstypische und in ihrer Anzahl begrenzte Prozeduren, die sich in Raum und Zeit wiederholen, wirken sie strukturprägend.

Willner (2014) hat das Konzept der Praktiken aufgegriffen und verwendet es, um den Einstieg neuer ParlamentarierInnen in den Beruf von PolitikerInnen zu untersuchen. Am Beispiel der Hamburger Bürgerschaft beschreibt er, wie Abgeordnete im Alltag ihre Handlungsspielräume ausweiten und handlungsfähig werden. Ziel des Autors ist die Identifikation von mikropolitischen Praktiken, die er als Bündelung von Handlungsmustern und kollektiven Wissensbeständen versteht, die soziale Prozesse strukturieren. Damit bestätigt der Autor einerseits in der Parlamentarismusforschung debattierte Erkenntnisse, etwa dass sich Parlaments-NovizInnen zum Beginn in Zurückhaltung üben (müssen) (zuerst Matthews 1959) oder dass Konkurrenz nicht nur zwischen den Abgeordneten verschiedener Fraktionen, sondern auch innerhalb der Fraktionen weit verbreitet ist (Mayntz und Neidhardt 1989). Andererseits leistet er einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Sozialisationsprozesse, die in Parlamenten zum Beginn einer Legislaturperiode stattfinden (vgl. früh Badura und Reese 1976; Sarcinelli 1989; zuletzt Reiser et al. 2011). Auch hier sind es wiederum vor allem soziologische Theoriegebäude, welche die Untersuchung anleiten, etwa die Praxistheorie in der Tradition Bourdieus (1976) und Giddens (1984; vgl. auch Reckwitz 2003).

Zum empirischen Erfolg des behavioristischen Impulses gehört, dass wir heute nicht nur verschiedene Abgeordnetenrollen vollständig beschreiben und klassifizieren können, sondern dass auch das Rollenverhalten weiterer Akteure im Parlament, etwa von MitarbeiterInnen von Abgeordneten, der Fraktionen und der Parlamentsverwaltung in den Fokus der Forschung gerückt sind (Schöne 2011b; Scheffer 2014).

Unerwähnt blieben in dieser kurzen Suche nach dem Soziologischen in der Parlamentarismusforschung bislang die vielen Studien zur Abgeordnetensoziologie, jener Studien also, welche die soziale Herkunft und die Sozialisation sowie die Karrierewege von Abgeordneten in der Tradition der Elitenforschung beleuchten. Das begann in Deutschland mit den Arbeiten Dietrich Herzogs zur Politischen Klasse (Herzog 1975; vgl. auch Rebenstorf 1995) und setzt sich bis in die jüngste Vergangenheit fort (u. a. Patzelt 1996; Borchert und Stolz 2003; Edinger 2009).

Zu parlamentssoziologischen Arbeiten gehören schließlich auch kultursoziologisch geprägte Analysen, die weniger auf die Herstellungsseite von Politik, sondern auf ihre Darstellungsseite zielen, Untersuchungen also, die sich mit den symbolischen und rituellen Aspekten parlamentarischer Repräsentation beschäftigen (z. B. Dörner und Vogt 1995; Patzelt 2001).

Folgendes Zwischenfazit lässt sich ziehen: Wenn wir die lange Geschichte der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Parlamenten betrachten, können wir die enorm produktive Epoche der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – anknüpfend an Loewenberg – in drei verschiedene Entwicklungsphasen einteilen. Nicht nur, aber insbesondere in der mikroanalytisch orientierten Phase, in der die Abgeordneten, ihre Orientierungen, ihre Rollen und ihr Verhalten in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rückten, spielten soziologische Ansätze, die gegenstandsbezogen auf das Forschungsfeld Parlament angewendet wurden, eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Parlamentarismusforschung. Dieser Einfluss bildet sich sowohl bei der theoriekonstruktiven Weiterentwicklung des „micropolitical approach“ als auch bei der empirischen Umsetzung in Befragungs- und Beobachtungsstudien mit Abgeordneten und anderen AkteurInnen im parlamentarischen Umfeld ab.

Loewenberg weist darauf hin, dass wir uns die drei Phasen weniger als das Ergebnis zyklisch wiederkehrender wissenschaftlicher Moden vorzustellen haben, sondern als eine Folge methodologischer Innovationen. Diese haben in den Sozialwissenschaften jeweils neue Möglichkeiten eröffnet, der Frage nach der Funktionsweise von Vertretungskörperschaften nachzugehen. „The micropolitical approach exemplified by role-theoretical analysis and participant observation has sought to explain the aggregate properties of legislatures with evidence from individual-level behavior, while the rational-choice approach has used evidence from the rules and structures that constitute legislatures' aggregate properties to explain individual-level behavior. In this sense the two approaches that have dominated legislative research in the last generation are complementary (Loewenberg 2011, S. 122). Daher hat es zwischen VertreterInnen der unterschiedlichen Ansätze neben dem üblichen wissenschaftlichen Diskurs auch keine unversöhnlichen Kontroversen gegeben – und daher ist es auch nicht aus der Zeit gefallen, sich beim Nachdenken

über die Frage, wie eine Soziologie der Parlamente zukünftig aussehen kann, in den verschiedenen Phasen zu bedienen.

Im Folgenden wird ein Vorschlag zur Weiterentwicklung des „micropolitical approaches“ präsentiert, den der Autor an anderer Stelle ausführlich begründet hat (Schöne 2010). Er greift auf Ansätze der politischen Kulturforschung zurück und weist über die rollentheoretisch orientierten Arbeiten hinaus. Insofern können wir von einem erweiterten mikroanalytischen Ansatz sprechen. Das Konzept der Parlamentskultur wird deshalb verwendet, weil es – wie zu zeigen sein wird – für verschiedene andere Theoriestränge anschlussfähig ist, etwa für Theorien der phänomenologisch-wirklichkeitskonstruktivistischen Soziologie, für neuere wissensorientierte Ansätze der Mikro-Policy-Analyse und nicht zuletzt für rollentheoretische und stiltheoretische Überlegungen, wie sie speziell in der Parlamentarismusforschung entwickelt worden sind. In dieser Verknüpfung zeigt sich, dass Parlamentskultur als Kombination von Alltagswissen und Alltagshandeln im parlamentarischen Raum zu denken ist. Damit entsteht ein analytischer Rahmen, der obgleich theoretisch-konzeptionell nahe liegend, in der Parlamentarismusforschung so bisher keine Anwendung gefunden hatte. Er gewährt Einblick in die Sinndeutungen und Handlungspraktiken, mit denen parlamentarische Wirklichkeit sozial konstruiert wird. Diese werden im parlamentarischen Alltagsleben in der Regel als selbstverständlich hingenommen und nicht bemerkt, geschweige denn reflektiert. Trotzdem prägen sie die institutionellen Prozesse und Strukturen. Die Analyse parlamentarischer Wissensbestände und Handlungsweisen ist daher kein Selbstzweck, sondern sie hilft die institutionelle Verfasstheit des Parlaments besser zu verstehen. Sie leistet einen Beitrag zur Verknüpfung zwischen der Mikro- und Makroebene. Durch die Analyse des Alltagswissens und des Alltagshandelns von Abgeordneten lassen sich Makrophänomene wie Entscheidungsprozesse im Parlament, die Koordination von Koalitionsfraktionen, das Management von Gesetzgebungsverfahren zwischen Regierung und Parlament oder der Prozess der Regierungskontrolle untersuchen.

2 Ein Konzept für die Analyse parlamentarischen Alltagshandelns

Aus einer Makroperspektive „von oben“, die komplette politische Systeme oder deren Institutionen in den Blick nimmt, stellen sich Parlamente als ein Konstrukt aus Strukturen, Prozessen und Normen dar. Mikroanalysen dagegen konstruieren politische Strukturen als das Ergebnis von Alltagshandeln und sozialem Austausch.

Sie nehmen eine handlungstheoretische Perspektive ein (Korte 2004). Strukturen entstehen, indem Menschen – im vorliegenden Kontext: PolitikerInnen – miteinander handeln, kommunizieren und sich zueinander verhalten. Mikroanalyse im Kontext von Parlamenten richtet ihr Augenmerk auf die Alltagspraxis politischen Geschehens. Dazu bedarf es des direkten Zugangs zu politischen AkteurInnen und zu dem Umfeld, in dem sie handeln, um zu verstehen, wie Politik „im Inneren“ funktioniert. So können Mikroanalysen zu einem besseren Verständnis der Makroebene von Politik beitragen: Einsichten in die Innenwelt der Politik klären über die Funktionsweise politischer Institutionen auf, darüber wie sie Stabilität gewinnen, wie und warum sie sich verändern und entwickeln oder warum sie reformresistent erscheinen (vgl. Berg-Schlosser 2003 zu den unterschiedlichen Ebenen in politikwissenschaftlichen Analysen).

Ein Forschungsansatz, der solche Mikroperspektiven eröffnet, ist der so genannte interpretative Ansatz der politischen Kulturforschung, der in Deutschland eng mit dem Namen Karl Rohe verknüpft ist. Er unterscheidet sich vom „klassischen“ empirisch-analytischen Ansatz in der Tradition von Almond und Verba (1963), der politische Kultur allein über die Messung von Orientierungen (Meinungen, Einstellungen und Werte) operationalisiert, durch ein umfassenderes Verständnis von politischer Kultur. Rohe (1996) hat als zwei Kernbestandteile politischer Kultur einerseits Grundannahmen und andererseits operative Ideen unterschieden.

Statt von Grundannahmen können wir auch von Vorstellungen, Wahrnehmungsmustern oder Beurteilungsmaßstäben sprechen. Die Abgrenzung gegenüber Einstellungen ist eine analytische. Mit Einstellungen bezeichnen wir Dispositionen gegenüber Objekten (Gegenständen, Personen, Ideen) und die damit verbundene Bereitschaft, auf diese Objekte zu reagieren, entweder positiv oder negativ bzw. mit Zuneigung oder Abneigung. Diese Reaktionen können affektiv oder kognitiv erfolgen. Einstellungen enthalten eine normative Komponente, also Aussagen über das Gewünschte. Grundannahmen dagegen sind auf einer grundsätzlichen Ebene angesiedelt, sind situationsunabhängiger und längerfristig wirksam als Einstellungen. Sie stellen Maßstäbe und Prinzipien dar, anhand derer Politik wahrgenommen, interpretiert und beurteilt wird. Der Begriff geht auf Elkins und Simeon (1979) zurück, die von „assumptions about the political world“ sprechen. Der Fokus soll damit auf die Formen der Wahrnehmung gerichtet werden, die den Einstellungen zugrunde liegen. Grundannahmen oder Vorstellungen stecken einen Wahrnehmungs-, Entscheidungs- und Handlungsrahmen ab, innerhalb dessen sich – im vorliegenden Anwendungsfall – Agierende im Parlament verhalten können, innerhalb dessen Einstellungen entstehen und artikuliert werden können. Ebenso verweist die von Elkins und Simeon (1979, S. 128) verwendete Bezeichnung „mind set“ darauf, dass Kultur als ein Rahmen verstanden wird, der die politische Wahr-

nehmung und das Handeln von Akteuren einer sozialen Gruppe zwar disponiert, es aber nicht vollständig vorbestimmt.

Eng mit den Grundannahmen über die politische Welt hängen die operativen Ideen zusammen. Operative Ideen sind ein „zu Denk- und Handlungskonventionen geronnenes Wissen darüber, wie Probleme angegangen werden, welche ‚Antworten‘ sich in der Vergangenheit bewährt haben und welche nicht und wie man öffentlich reden und auftreten muss, wenn man politisch erfolgreich sein will“ (Rohe 1996, S. 2). Kurzum: Es handelt sich um bewusstes oder unbewusstes Wissen darüber, wie in einer sozialen Situation erfolgreich gehandelt werden kann. Da operative Ideen sich in der Regel in Handlungsweisen ausdrücken, lädt der Begriff „Ideen“ zu dem Missverständnis ein, es würde sich nur um eine mentale oder kognitive Disposition handeln. Rohe dachte hier aber an Instrumente sozialen Verhaltens und Handelns.

„Politische Kultur wäre demnach als ein mit Sinnbezügen gefüllter Rahmen zu begreifen, innerhalb dessen sich die – in der Regel – durch Interessen, freilich nicht allein durch materielle Interessen geleitete politische Lebenspraxis handelnder, denkender und fühlender politischer Akteure vollzieht“ (Rohe 1990, S. 333). Dieses Kultur-Verständnis erinnert an den Begriff des Habitus des Soziologen Pierre Bourdieu (1992). Auch der Habitus kann als ein System zur Steuerung menschlichen Handelns gedacht werden, das nicht unmittelbar Praxis hervorbringt, aber einen Raum des praktisch Möglichen definiert.

Demnach können wir Parlamentskultur als die für die Abgeordneten – und andere Beteiligte im Parlament, etwa FraktionsmitarbeiterInnen oder BeamtenInnen – zentralen Grundannahmen über die politische Welt im Allgemeinen und die parlamentarische Welt im Besonderen verstehen. Die Analyse von Parlamentskultur interessiert sich nicht zuerst für die Einstellungen und für aktuell verbreitete Ansichten und Gefühle zu den Gegenständen, Personen und Ideen der Parlamentsarbeit. Sie zielt auf die Strukturen der Wahrnehmung, auf deren Grundlage parlamentarische Wirklichkeit konstruiert wird: Welche Vorstellungen haben Abgeordnete bzw. andere im Parlament Handelnde von den Leitideen des Parlaments, dem ordnungsgemäßen Verfahren des parlamentarischen Prozesses oder von den formalen und informalen Regeln, die für die Parlamentsarbeit maßgeblich sind? Von welchen Vorstellungen aus definieren sie die parlamentarische Arbeit? Wie agieren sie im parlamentarischen Alltag? Parlamentskultur bezeichnet also die mentalen Programme der parlamentarischen AkteurInnen, durch welche die Arbeit im Parlament angeleitet wird und welche die Art und Weise bestimmen, in der das Parlament sowie die eigene Rolle in dieser Institution wahrgenommen werden.

Zusammengefasst lautet die Kernbotschaft, dass, wer die Organisationskultur des Parlaments verstehen will, sich

- a. mit den von seinen AkteurInnen geteilten Grundannahmen beschäftigen, aber ebenso
- b. deren Handlungspraktiken, die den parlamentarischen Alltag prägen, in den Blick nehmen muss.

Dieser Grundgedanke findet sich auch in Theorien zur gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer und politischer Wirklichkeit. Patzelt (1989) hat schon früh auf Schnittstellen zwischen politischer Kulturforschung und den Theorien von Harold Garfinkel (1967) und Alfred Schütz (Schütz und Luckmann 1991) hingewiesen. Was bei Rohe Kultur heißt, wird in der Wissenssoziologie konstruierte Wirklichkeit genannt, wo hier von Grundannahmen die Rede ist, wird dort von Alltagswissen gesprochen – und die operativen Ideen entsprechen Handlungspraktiken. Patzelt hat für eine stärkere alltagssoziologische Orientierung politikwissenschaftlicher Forschung die auf Garfinkel zurückgehende Ethnomethodologie vorgeschlagen. Die Silbe „Ethno“ steht für eine soziale Gruppe, der Wortteil „methodo“ für Methoden des Handelns, Darstellens und Interpretierens und die Silbe „logie“ für die wissenschaftliche Betrachtung. Demzufolge ist die Ethnomethodologie die Wissenschaft von den Methoden des Handelns, Darstellens und Interpretierens, mit denen Mitglieder von sozialen Gruppen ihre gemeinsame Wirklichkeit konstruieren, d. h. hervorbringen, erhalten, benutzen oder verändern. Sie interessiert sich für das Alltagswissen der Mitglieder einer – in der Sprache der Ethnomethodologie – Ethnie, also der Mitglieder einer sozialen Gruppe und dafür, wie dieses Alltagswissen routinemäßige Alltagshandlungen anleitet. Dank der Ethnomethodologen wissen wir, dass Kommunikation in sozialen Gruppen nur durch Routinen und Mechanismen funktioniert, die kulturell tradiert sind und die von den KommunikationsteilnehmerInnen in der Regel als selbstverständlich hingenommen werden. Drei Erkenntnisinteressen stehen im Mittelpunkt der Ethnomethodologie (Patzelt 2000, S. 229): 1. Welches Alltagswissen ist innerhalb einer sozialen Gruppe vorherrschend und inwiefern dient es als Maßstab zur Beurteilung der Deutungen und des Handelns innerhalb der Gruppe? 2. Mit welchen Methoden – von denen es drei Arten gibt: Interpretationsverfahren, Darstellungstechniken und szenische Praktiken – wird in einer sozialen Gruppe eine gemeinsame Wirklichkeit konstruiert? 3. Wie und unter Verwendung welcher Wissensbestände und welcher Methoden erfolgt die Konstruktion sozialer Wirklichkeit?

Bereits in dieser Skizzierung der Grundideen der Ethnomethodologie sind die Anschlussstellen an das oben vorgestellte Konzept der politischen Kulturforschung deutlich geworden. Beide Theorieansätze betonen, dass in sozialen Gruppen (sozialen Kollektiven bei Rohe bzw. Ethnien bei Garfinkel) eine jeweils spezifische, gemeinsame, sozial konstruierte Wirklichkeit (Kultur bei Rohe) anzutreffen ist,

die auf der Grundlage von Alltagswissen (Vorstellungen bei Rohe) und Praktiken (operativen Ideen bei Rohe) entsteht.

Auch hier lautet die Pointe, dass der Gegenstandsbereich einer um alltagssoziologische Konzepte erweiterten politischen Kulturforschung sowohl aus Ethnotheorien als auch Handeln zu bestehen hat. Würde sich politische Kulturforschung auf die Analyse von Wissensbeständen oder Einstellungen beschränken, verlöre sie die Kernaufgabe von Politikwissenschaft aus den Augen, die darin besteht, jene Prozessen und Strukturen, in denen allgemeine Verbindlichkeit hergestellt wird, zu analysieren. Schließlich erfolgt der Einfluss auf diese politischen Prozesse und Strukturen durch Handeln. Darüber hinaus werden politische Einstellungen und Wissensbestände nur in Sprache bzw. in anderen symbolischen Veräußerlichungen, also durch kommunikatives Handeln, sichtbar (Patzelt 1989, S. 337).

Ganz ähnlich finden sich in einer wissenssoziologisch angeregten Arbeit von Nullmeier, Pritzlaff und Wiesner (2003) zur Mikro-Policy-Analyse die analytischen Kategorien von Wissen, Praktiken und Positionierungen. Mit Alfred Schütz wird Wissen hier als „alle Bestände an individuell und kollektiv verfügbaren Sinndeutungen subjektiver, objektiver und sozialer Welt“ verstanden (ebd., S. 17). Rohes Unterscheidung von Vorstellungen und Einstellungen geht in diesem Begriff des Wissens auf, der neben dem „deskriptiven Weltwissen auch die normativen Orientierungen (sprich: Einstellungen, H. Sch.) und das jeweilige Identitätsverständnis“ umfasst (ebd.). Wissensbestände sind kollektiv verteilt und prägen die AkteurInnen einer sozialen Gemeinschaft. Die operativen Ideen Rohes konzeptualisiert der Ansatz von Nullmeier et al. in Anlehnung an die Ethnomethodologie als Praktiken, also als „Formen beobachtbaren und sinnhaft deutbaren Operierens“ (ebd., S. 18). In Parlamenten existieren, wie in anderen politischen Institutionen auch, typische Praktiken, mit denen eine gemeinsame politische Wirklichkeit konstruiert wird. Sie beschränken den Raum des politisch Möglichen. Vor allem zwei Arten von Praktiken existieren: Kommunikations- und Interaktionspraktiken. Interaktion stellt dabei eine Spezifizierung von Kommunikation dar, die in Anwesenheit der Beteiligten stattfindet. Diese Praktiken stellen auf die routinisierten unhinterfragten und selbstverständlichen Elemente politischen Handelns ab. Eine weitere Kategorie, bezeichnet als Positionierung, bezieht dagegen die Wahlmöglichkeiten und die situative Gestaltungsfähigkeit von AkteurInnen in die Analyse mit ein. Für welche Position entscheiden sich Agierende innerhalb „eines Raumes, einer Gruppe, innerhalb eines Wertgefüges, einer Hierarchie, eines Wettbewerbs“ (Pritzlaff 2003, S. 245)? Zwischen politischen AkteurInnen werden Positionierungen beständig vorgenommen. Sie eröffnen einerseits Möglichkeiten. Andererseits zwingen sie die handelnden Personen, sich selbst zu positionieren.

Die Verknüpfung der drei skizzierten Theorieansätze führt also zu dem Ergebnis, dass Parlamentskultur als Kombination von Alltagswissen und Alltagshandeln im parlamentarischen Raum zu denken ist. Bei Fenno (1978) tauchen die beiden Elemente als Perzeptionsgrundlagen sowie Verhaltensstile der Wahlkreisarbeit auf. Damit verfügen wir über eine analytische Basis für Forschungsdesigns, die Einblicke in die Sinndeutungen und Handlungspraktiken eröffnen, mit denen parlamentarische Wirklichkeit sozial konstruiert wird. Diese werden im parlamentarischen Alltagsleben in der Regel als selbstverständlich hingenommen und weder bemerkt noch reflektiert.

Diesen Rahmen nutzend lässt sich ein Bündel untersuchungsleitender Fragen formulieren, etwa

- zur Wahrnehmung der Abgeordneten vom Parlament und von ihrer parlamentarischen Arbeit,
- zur Alltagsarbeit der Abgeordneten in den Gremien des Parlaments,
- zu den Techniken von Abgeordneten zur Selbstdarstellung und Durchsetzung politischer Ziele und
- zu den Unterschieden in der parlamentarischen Arbeit verschiedener Abgeordnetengruppen.

Die Überlegung, dass Parlamentskultur ihren Ausdruck im Ablauf sozialen Handelns im Parlament und benachbarten Kontexten findet, führt notwendigerweise zu methodischen Konsequenzen: Benötigt wird eine Erhebungsmethode, die uns direkte Einblicke in das parlamentarische Handeln ermöglicht, jene Methode also, mit deren Popularisierung Richard Fenno so nachhaltig gescheitert ist – und die bis heute in der Parlamentsforschung nicht sehr verbreitet ist: die teilnehmende Beobachtung.

3 Ergebnisse aus der Analyse parlamentarischen Alltagshandelns

Mit diesem Untersuchungsrahmen haben sich sowohl neue Einsichten auf der Mikroebene der Parlamente gewinnen als auch Aussagen über die Makroebene der Institution generieren lassen. Auf der Mikroebene zählen dazu Erkenntnisse über die Normen, die das Verhalten von Abgeordneten anleiten, über verbreitete Praktiken informellen Handelns, über die Mechanismen des Dissensmanagements von Abgeordneten sowie über die Rollen verschiedener Akteursgruppen im Parlament.

Zusammenfassend können wir die deutschen Parlamente als „fragmentierte Expertenparlamente“ (Schöne 2010, S. 355ff.) bezeichnen. Fragmentiert sind die Vertretungskörperschaften deshalb, weil die Institutionalisierung von Konkurrenz nicht nur zwischen den Fraktionen, sondern in der gesamten parlamentarischen Arbeit anzutreffen ist. Konkurrenz gehört zu den elementaren Erfahrungen von Abgeordneten auch in ihren Fraktionen. Abgeordnete arbeiten beständig im Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Integration. Zur Fragmentierung trägt auch die fachpolitische Spezialisierung und Hierarchisierung der Fraktions- und Parlamentsarbeit bei.

Entsprechend dienen viele im Parlament anzutreffende Regeln, um die allfälligen Desintegrationstendenzen abzumildern. Innerfraktionell ist das z. B. die Regel, sich in die übertragenen Aufgabenfelder einzuarbeiten sowie sie im Parlament kompetent und zuverlässig zu vertreten. Verantwortung in einem Politikfeld zu erhalten, bedeutet gleichzeitig Ressortabgrenzungen zu beachten und sich nicht in die Arbeitsbereiche anderer ParlamentarierInnen einzumischen. Abgeordnete wollen sich als Experten eines Fachgebietes und der damit verbundenen Arbeitsbelastung nicht nur nicht mit anderen Themen beschäftigen, die Norm der Nicht-Einmischung untersagt es ihnen auch ausdrücklich. Um die Effizienz der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themengebieten zu sichern, ist eine intensive Kommunikation der Abgeordneten notwendig, die wiederum von Verhaltensnormen geprägt wird. Etwa darf die rechtzeitige Beteiligung aller von einer politischen Initiative betroffenen KollegInnen nicht versäumt werden und bei der Einbringung von Vorlagen oder Änderungsanträgen sind die fraktionsinternen Hierarchien genau zu beachten. Auch die Arbeit in den Fraktionsgremien ist durch Verhaltenserwartungen geregelt, die zur Effizienzsicherung beitragen, nämlich Wortbeiträge zur Sache und möglichst kurz zu halten sowie sich nicht wiederholt zu Themen zu äußern, die abseits des eigenen Arbeitsgebietes liegen. Gegen die durch die Aufgabentrennung und das Expertentum verbreitete Gefahr der Desintegration wirken eine Reihe von in den Fraktionen anzutreffenden Solidaritätserwartungen (ebd., S. 200).

Nicht nur in den, sondern auch zwischen den Fraktionen existieren verhaltensregulierende Normen, welche die Konkurrenz zwischen den Abgeordneten beschränken. Diese Normen sichern die Arbeitsfähigkeit des durch politische Differenzen und Interessengegensätze geprägten Parlaments; sie mildern die politische Rivalität und regulieren den politischen Wettbewerb, indem sie den persönlichen Umgang zwischen Abgeordneten normieren sowie Kooperation und Kompromissbildung ermöglichen. Diese Normen können mit den Begriffen „Respekt“ und „Fairness“, „Kooperationsbereitschaft“, „Verlässlichkeit“ und „Sachkunde“ beschrieben werden (ebd., S. 197). Festzuhalten bleibt aber, dass sie die Konkurrenz zwischen den Frakti-

onen zwar regulieren, aber nicht überwinden; Konkurrenz bleibt das bestimmende Merkmal der parlamentarischen Arbeit.

Von Expertenparlamenten sprechen wir deshalb, weil die Bearbeitung der übertragenen Aufgabenbereiche und die Sacharbeit in den entsprechenden Gremien den Großteil der Parlamentsarbeit von Abgeordneten ausmacht. Es ist die fachpolitische Spezialisierung, welche einerseits die – formellen wie informellen – Kontaktnetzwerke der ParlamentarierInnen bestimmt. Ein Großteil der Beziehungen von Abgeordneten spielt sich unter AkteurInnen ab, die für eine gemeinsame Fachpolitik zuständig sind. Die informelle Kommunikation löst sich von der formellen in der Regel nicht ab. Die formelle Ebene bestimmt die informellen Kommunikationskanäle (vgl. Schöne 2014). Andererseits eröffnet die fachpolitische Spezialisierung, wie bereits oben angeklungen ist, Darstellungschancen, weil Abgeordnete in der überregionalen Öffentlichkeit als SprecherInnen ihrer Fachgebiete auftreten. Entsprechend nehmen Abgeordnete die Institution Parlament zuerst als Arbeitsplatz und Gremiengefüge wahr, in dem sie spezifische Aufgaben zu erfüllen haben, die wiederum zur Funktionserfüllung des Parlaments beitragen. Abgeordnete haben in der Regel eine nüchterne Sichtweise auf das Parlament, die frei von idealistischen Verklärungen der Institution ist. Die Erfüllung ihrer fachpolitischen Aufgaben ist Voraussetzung für den Erfolg der Abgeordneten im Parlament; Erfolg lässt sich messen an der Einflussnahme auf die Gesetzgebungstätigkeit und am Aufstieg in der Fraktionshierarchie.

Im durch Konkurrenz und Interessendifferenzen geprägten Parlament ist für eine erfolgreiche Integration insbesondere der Fraktionen ein erfolgreiches Dissensmanagement gefordert. Aus der Perspektive der Abgeordneten sind es vor allem eine sachliche Atmosphäre sowie Transparenz und Offenheit, welche die Kompromissbildung erleichtern. Werden Entscheidungen in einem intransparenten Verfahren getroffen, schadet das ihrer Legitimität. Die Vorsitzenden verschiedener Fraktionsgremien berichten vor allem von drei Praktiken, die ihnen eine erfolgreiche Moderation von Konflikten ermöglichen: Erstens bedarf es fortwährender Kommunikation, um virulente Konflikte rechtzeitig zu erkennen und um Zustimmung zu möglichen Kompromisslösungen zu erreichen. Zweitens hilft es, Streitige und unstrittige Punkte voneinander zu trennen, um gefundene Einigungen nicht zu gefährden und die verbleibenden Streitpunkte leichter bearbeiten zu können. Drittens kann eine Auslagerung von Konflikten aus den Gremiensitzungen sinnvoll sein, entweder um KontrahentInnen zu gesonderten Verhandlungen an einen Tisch zu bringen oder um in persönlichen Gesprächen Überzeugungsarbeit zu leisten. In der Regel erfolgt die Dissensbearbeitung in der Abfolge der drei Kommunikationsmodi Argumentieren, Verhandeln und Appellieren (Elster 2000; Saretzki 1996). Erbringt der Austausch von Argumenten weder einen Konsens noch einen

Kompromiss, beginnt das Verhandeln, d.h. es wird nach einer Position gesucht, in der sich die Gewinne und Verluste der Streitparteien ausgleichen. Führen auch die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, bleiben nur Appelle übrig, mit denen Geschlossenheit oder die gemeinsamen Werte- und Programmbasis beschworen wird. Nur als Ultima Ratio werden am Ende Mehrheitsentscheidungen getroffen, weil die immer verletzte Minderheiten hinterlassen, die der zukünftigen Integration der Fraktion abträglich sind.

Schließlich lassen sich über die Einsichten auf der Mikroebene hinaus Erkenntnisse über Makrophänomene der Institution Parlament gewinnen. Dazu zählt einerseits die Beschreibung des Einflusses unterschiedlicher Gremien – und Funktionsrollen – auf den parlamentarischen Entscheidungsprozess. Beispielsweise hat sich gezeigt, dass bislang die Bedeutung der Arbeitskreise und -gruppen für die Entscheidungsfindung im Parlament unterschätzt worden ist. Sie sind mehr als Vorbereitungsorgane für die Fraktionsvollversammlung oder für die Ausschuss- und Plenararbeit. In den Arbeitskreisen erfolgt nicht nur das Agenda-Setting, meistens gelangt die Bearbeitung politischer Probleme hier auch zu einem Endpunkt. Weil ein großer Teil der inhaltlichen Auseinandersetzung und Prüfung politischer Sachfragen in den fachlich zuständigen Arbeitskreisen stattfindet, werden deren Entscheidungen von der Fraktion – im Fraktionsvorstand und in der Fraktionsvollversammlung – in der Regel übernommen und nicht mehr in Frage gestellt. Drittens schließlich erfüllen die Arbeitskreise – neben der Funktion des Agenda-Settings und der Entscheidungsfindung – für ihre Fraktionen eine wichtige Integrationsfunktion: Sie tragen zur Sozialisation der Abgeordneten bei, stellen eine wichtige soziale Bezugsgruppe in der komplexen Umwelt des Parlaments dar und sind nicht zuletzt ein Stimmungsbarometer, weil hier neben dem Kerngeschäft der Arbeitskreise, der Bearbeitung spezifischer Policy-Felder, auch Meinungsbildung zu aktuellen tagespolitischen Fragen stattfindet.

Der Blick auf und in die Arbeitskreise zeigt ferner, dass Zweifel an der Fähigkeit des Parlaments, die Regierung effektiv zu kontrollieren, unangebracht sind, was insbesondere in den Arbeitskreisen der Mehrheitsfraktionen deutlich wird. Sie sind weit mehr als ein Instrument zur Loyalitätssicherung gegenüber der Regierung, vielmehr eröffnen sie den Abgeordneten der Regierungsmehrheit vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Regierungspolitik. Weil Gesetzentwürfe in den Arbeitskreisen in verschiedenen Bearbeitungsstadien behandelt werden, beschränken sich die Kontrollmöglichkeiten der Parlamentarier nicht nur auf eine nachbessernde Kritik, sondern bieten frühzeitig Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Abgeordneten informieren sich hier nicht nur über die Aktivitäten „ihrer“ Regierung, sondern stoßen selbst Initiativen an und drängen die Ministerien als wichtig wahrgenommene Themen aufzugreifen. Auch Abgeordnete ohne herausgehobene

Funktionen erhalten hier Gelegenheit, sich am Agenda-Setting zu beteiligen und neue Themen in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Zusammenfassend lassen sich die vielfältigen Aktivitäten von Abgeordneten, die auf eine Steuerung und Kontrolle des Regierungshandelns abzielen, mit sechs Begriffen umschreiben: Information, Koordination, Planung, Verfahrenskontrolle, Nachprüfende Kontrolle sowie Gesetzesinitiative. Von einer Entparlamentarisierung, die auf eine einseitige Dominanz der Regierung gegenüber dem Parlament zurückzuführen ist, kann nicht die Rede sein. Auch wenn Abgeordnete bisweilen die Schwierigkeiten und Mühen betonen, sich gegenüber der Regierung durchzusetzen, findet dennoch eine parlamentarische Kontrolle der Regierung und eine Beteiligung an der Gesetzgebung statt. Innerhalb der Regierungsmehrheit agieren die Fraktionen als Vetospieler. Die Arbeitskreise der Regierungsfaktionen sind ein zentraler Ort, an dem die Koordination zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit alltagspraktisch ausgestaltet wird.

4 Ausblick: Zur Zukunft mikroanalytischer Parlamentsforschung

Insbesondere am Beispiel des „micropolitical approach“ (Loewenberg) wurde vorhergehend gezeigt, wie vielfältig die Soziologie als Theorielieferant für die Parlamentsforschung gewirkt hat. Sie stand nicht nur Pate, als die moderne Parlamentsforschung Mitte des 20. Jahrhunderts angeregt durch den Behaviorismus einen deutlichen Schub erhielt, bis heute wird sowohl in theoretischen wie empirischen Arbeiten vielfach Bezug auf Klassiker des soziologischen Denkens genommen, seien es – um nur eine Auswahl der oben zitierten Autoren zu nennen – Schütz, Parsons, Garfinkel, Merton, Bourdieu oder Giddens. Wenn die Soziologie auch für eine praxeologische Perspektive auf Parlamente besonders fruchtbar war, so beschränkt sich ihr Einfluss dennoch nicht nur auf die mikroanalytische Untersuchung von Vertretungskörperschaften. Auch für die beiden anderen Analyseebenen des Politischen, für die Perspektive auf das Parlament in der Institutionenstruktur des politischen Systems (Makroebene) und für die Perspektive aufs Parlament als Organisation (Mesoebene) hat die Soziologie wichtige theoretische Impulse geliefert. Für die Mesoebene gilt das sowohl nach innen, für die Forschung zur internen Strukturiertheit der Organisation, wie nach außen, also mit Blick auf die Repräsentationsbeziehung zwischen ParlamentarierInnen und Bevölkerung (vgl. als Überblick Patzelt 2009, wo freilich die gesamte Parlamentarismusforschung als Parlamentssoziologie erscheint). Nicht zu vergessen sind SoziologInnen (Whyte

1943; Gans 1982) als Impulsgeber für die Entwicklung der teilnehmenden Beobachtung auch in politischen Kontexten.

Im vorliegenden Fall ist der Nutzen alltags- und wissenssoziologischer Ansätze für die Weiterentwicklung der Parlamentsforschung exemplifiziert worden. Der Gewinn der vorgestellten Perspektive auf das Alltagshandeln von Abgeordneten im Parlament ist ein mehrfacher. Er bezieht sich auf empirische, methodische und theoretische Aspekte. Erstens wurden vorhandene Forschungsansätze zusammengetragen und weiterentwickelt, um nach dem – mit Fenno gesprochen – „home style“ auch den „hill style“ der Arbeit von Abgeordneten zu untersuchen. Bislang fehlte eine Beschreibung der Arbeit *in* deutschen Parlamenten, wie sie von Fenno für die Wahlkreisarbeit von Kongressabgeordneten und von Patzelt für die Wahlkreisarbeit deutscher ParlamentarierInnen geleistet worden ist. Zweitens konnte das Potenzial der Methode der teilnehmenden Beobachtung für die systematische Untersuchung des Handelns von PolitikerInnen innerhalb von Institutionen aufgezeigt werden. Drittens wurde ein Vorschlag für eine Theorie von Parlamentskultur entwickelt, die eine explizit soziologische Perspektive auf das Parlament ermöglicht.

Wir haben gesehen, dass in der deutschen Parlamentarismusforschung, ungleichzeitig zur amerikanischen Forschung, die Weiterentwicklung des „micropolitical approach“ zu einer Vielzahl von Untersuchungen über die Funktions- und Arbeitsweise von parlamentarischen Vertretungskörperschaften geführt hat. Trotz des Umfangs und der Tiefe des erreichten Forschungsstandes, enthalten mikroperspektivische Forschungsansätze nach wie vor viele interessante und wichtige Erkenntnismöglichkeiten: Beispielsweise ließen sich in mikrosoziologischen Untersuchungen des Parlaments die Bezugnahme auf und die Verbindung zu klassischen Kategorien der Politikwissenschaft wie Macht und Herrschaft, Interessen oder Legitimität noch stärken – insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Legitimationsverluste und beklagter Repräsentationsmängel. Beispielsweise ließ sich der Zugang zum Forschungsfeld statt, wie es oft der Fall ist, über Personen und Gremien über Policies herstellen. Bestätigen Policy-Studien die skizzierten Befunde zum informellen Handeln, zu den Einflussmöglichkeiten verschiedener Abgeordnetenrollen und zu den Praktiken parlamentarischen Handelns? Beispielsweise ließe sich der heuristische Wert weiterer, hier unberücksichtigter, mikroanalytischer Ansätze aus der soziologischen und ökonomischen Organisationsforschung, für die Parlamentsforschung prüfen. Beispielsweise ließen sich die vorgestellten Forschungsstrategien auf andere Institutionen und Organisationen unseres politischen Systems übertragen, um Kooperation, Interessendurchsetzung und Dissensmanagement zwischen Abgeordneten und KooperationspartnerInnen von der „anderen Seite“ her, etwa der Regierungsforschung oder der Parteienforschung, zu untersuchen. Beispielsweise ließe sich – warum nicht in europäischen

Verbundprojekten? – die mikrosoziologische Perspektive in der international vergleichenden Parlamentarismusforschung stärken.

Die wichtigste Aufgabe aber wartet jenseits der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion. Insgesamt gilt nämlich die zusammenfassende Beschreibung Loewenbergs, welcher der Parlamentsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg – trotz offener Forschungsfragen – eine bemerkenswerte Leistungsfähigkeit attestiert. „In finding new evidence of what legislatures do, research has reduced the puzzle of how this old institution has been adapted to the needs of modern and modernizing political systems” (2011, S. 132). Schwer tut sich die Wissenschaft dagegen damit, mit ihren Forschungsergebnissen zu einem besseren öffentlichen Verständnis von Parlamenten und ihrer Funktions- und Arbeitsweise beizutragen. Parlamente gehören seit jeher zu den Institutionen, die von der Öffentlichkeit misstrauisch beäugt werden (vgl. Schöne 2011a). Vor dem Hintergrund der Wahlerfolge populistischer Parteien, die auf die Verwirklichung eines angeblichen wahren Volkswillens statt demokratischer Repräsentation setzen und die Abneigung gegen gewählte politische Eliten schüren, gerät das Ansehen der Parlamente noch mehr unter Druck.

Mit der fortschreitenden Spezialisierung und Ausdifferenzierung ihrer Disziplin fällt es der Politik- und Sozialwissenschaft aber nicht leichter, der Aufgabe gerecht zu werden, einem breiten Publikum, über den akademischen Kreis hinaus, Parlamente zu erklären und über ihre Stärken und Schwächen zu informieren. So stößt etwa das Arbeiten mit Rational-Choice-Ansätzen und insbesondere das „formal modeling“ bereits in der Wissenschaftsgemeinschaft auf Sprachbarrieren und damit Verständnisschwierigkeiten zwischen den VertreterInnen unterschiedlicher methodischer Schulen (Loewenberg 2011, S. 121); den Beitrag der Parlamentsforschung zur politischen Bildung über und zu Parlamenten erleichtert das nicht. Statt der Vertiefung der Entfremdung zwischen Politikwissenschaft und politischer Bildung (Oberle 2017), bedarf es der vermehrten und verbesserten Kooperation sowie gemeinsamer Anstrengungen zwischen Parlamentarismusforschung, politischer Bildung – hier insbesondere der Lehrerausbildung – und auch der journalistischen Berichterstattung über Parlamente, um der zunehmenden Diskordanz zwischen BürgerInnen und Parlamenten entgegenzuwirken.

Hier können Mikro-Perspektiven einen wichtigen Beitrag leisten – und zwar nicht im Schüren von „Partizipationsillusionen“, sondern in der Aufklärung über die reale Funktionsweise moderner Parlamente (vgl. Buchstein 2004). Mikrosoziologische oder -politologische Ansätze zeigen, dass Entscheidungen in demokratischen Institutionen verworren, umstritten, selten gradlinig und meist zeitraubend sind. Damit ermöglichen sie, den Realitäten politischer Entscheidungsprozesse ins Auge zu blicken – eine notwendige Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Zumutungen von Demokratie (vgl. Schöne 2017). Zugleich

bieten sie den Vorzug, nahe an den Alltagsprozessen des Politischen und ihren handelnden AkteurInnen zu sein. Sie liefern also Beiträge, die es in der politischen Bildungsarbeit erleichtern, mit dem Problem der Abstraktheit politischer Institutionen und der Tatsache umzugehen, dass Parlamente vom unmittelbaren Erfahrungshorizont der BürgerInnen in der Regel weit entfernt sind. Hibbing und Theiss-Morse haben aus ihren Arbeiten über die öffentliche Wahrnehmung demokratischer Institutionen folgende pointierte Schlussfolgerung gezogen: „Citizens' big failure is that they lack an appreciation for the ugliness of democracy“ (1995, S. 157). Demokratischer Alltag ist durch Konkurrenz, Streit und Konflikt geprägt, also durch soziale Ereignisse, welche die meisten Menschen eher als unangenehm empfinden. Daher hat Ralf Dahrendorf schon in den 1960er Jahren gefordert, Streit und Konflikte als Antriebskräfte gesellschaftlichen Fortschritts mehr wertzuschätzen (1965, S. 161ff.). Die Politikwissenschaft zeigt und die politische Bildung muss vermitteln, dass demokratische Prozesse – und hier stehen in repräsentativen Demokratien Parlamente im Mittelpunkt – nicht immer liebenswert sind. Dabei hilft ein Blick auf die Mikroebene von Politik, die uns zu verstehen hilft, wie politische Entscheidungen von Menschen getroffen werden.

Literatur

- Almond, Gabriel A. und S. Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, New York: Princeton University Press.
- Badura, Bernhard und J. Reese. 1976. *Jungparlamentarier in Bonn – ihre Sozialisation im Deutschen Bundestag*. Stuttgart: Friedrich Frommann Verlag.
- Berg-Schlosser, Dirk. 2003. Gegenstand und Anwendungsgebiete der Politikwissenschaft. In *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*, Hrsg. Herfried Münkler, 55-74. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch.
- Borchert, J. und K. Stolz. 2003. Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 44: 148-173.
- Bourdieu, Pierre. 1976. *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 1992. *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. 5. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brichzin, Jenni. 2016. *Politische Arbeit in Parlamenten. Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion im politischen Feld*. Baden-Baden: Nomos.
- Buchstein, Hubertus. 2004. Politikunterricht als Wirklichkeitsunterricht. Zum Nutzen der Politikwissenschaft für die politische Bildung. In *Demokratie braucht politische Bildung*, Hrsg. G. Breit und S. Schiele, 47-62. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Cox, Gary W. und M. D. McCubbins. 1993. *Legislative Leviathan: Party Government in the House*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Crozier, Michel und E. Friedberg. 1979. *Macht und Organisation. Die Zwänge kollektiven Handelns*. Königstein: Athenäum Verlag.
- Dahrendorf, Ralf. 1965. *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper-Verlag.
- Dörner, A. und L. Vogt, Hrsg. 1995. *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Edinger, Michael. 2009. Profil eines Berufsstands: Professionalisierung und Karriereeligen von Abgeordneten im vereinten Deutschland. In *Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektive 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Löwenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag*, Hrsg. H. Schöne und J. v. Blumenthal, 177-215. Baden-Baden: Nomos.
- Elkins, D. J. und R. E. B. Simeon. 1979. A Cause in Search of Its Effect; or What does Political Culture Explain? *Comparative Politics* 11: 127-145.
- Elster, Jon. 2000. Arguing and Bargaining in Two Constituent Assemblies. *University of Pennsylvania Journal of Constitutional Law* 2: 345-421.
- Fenno, R. F. 2001 [1972]. If, as Ralph Nader Says, Congress Is "The Broken Branch", How Come We Love Our Congressmen So Much? In *American Government: Readings and Cases*, Hrsg. Peter Woll. 14. Aufl., 384-391.
- Fenno, Richard. 1978. *Home Style: House Members in Their Districts*. Boston, Toronto: Little Brown.
- Fenno, Richard. 1998. *Senators on the Campaign Trail. The Politics of Representation*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Fiorina, Morris. 1977. *Congress: Keystone of the Washington Establishment*. New Haven: Yale University Press.
- Gans, Herbert J. 1982 [1962]. *The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian-Americans*. erweiterte Neuausgabe New York: Free Press.
- Garfinkel, Harold. 1967. *Studies in Ethnomethodology*. Englewood Cliffs, N.J. Prentice-Hall.
- Giddens, Anthony. 1984. *Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Herzog, Dietrich. 1975. *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hibbing, John R. 2003. Foreword. In *Home Style. House Members in Their Districts*, Richard F. Fenno, V-XVII. New York: Pearson, Longman Classics edition.
- Hibbing, J. R. und E. Theiss-Morse. 1995. *Congress as Public Enemy. Public attitudes toward American political institutions*. New York: Cambridge University Press.
- Hönnige, C. und U. Sieberer. 2011. Germany: Limited Government Agenda Control and Strong Minority Rights. In *The Role of Governments in Legislative Agenda Setting*, Hrsg. B. E. Rasch und G. Tsebelis, 21-37. London: Routledge.
- Huber, John D. 1996. *Rationalizing Parliament. Legislative Institutions and Party Politics in France*. New York: St. Martin's Press.
- Kastner, F. 2016. Plädoyer für eine Soziologie der Parlamente. Bericht zur gemeinsamen Tagung der Sektionen „Politische Soziologie“ und „Rechtssoziologie“ der DGS sowie der Abteilung für Demokratieforschung des Forums Internationale Wissenschaft, 10./11. Juni 2016 in Bonn. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10: 191-195.
- Kiewit, D. Roderick, G. Loewenberg und P. Squire. 2002. The Implications of the Study of the U.S. Congress for Comparative Legislative Research. In *Legislatures. Comparative*

- Perspectives on Representative Assemblies*, Hrsg. G. Loewenberg, P. Squire und D. Roderick Kiewit, 3-22. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Korte, Hermann. 2004. *Soziologie*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Krehbiel, Keith. 1991. *Information and Legislative Organization*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Loewenberg, Gerhard. 1967. *Parliament in the German Political System*. Ithaca, New York: Cornell University Press.
- Loewenberg, Gerhard. 2011. *On Legislatures. The Puzzle of Representation*. Boulder: Paradigm Publishers.
- March, J. G. und J. P. Olsen. 1989. *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York: The Free Press.
- Martorano, Nancy. 2006. Balancing Power: Committee System Autonomy and Legislative Organization. *Legislative Studies Quarterly* 31: 205-234.
- Matthews, Donald R. 1959. The Folkways of the United States Senate: Conformity to Group Norms and Legislative Effectiveness. *American Political Science Review* 53: 1064-1089.
- Mayhew, David R. 1974. *Congress. The Electoral Connection*. New Haven: Yale University Press.
- Mayntz, R. und F. Neidhardt. 1989. Parlamentskultur. Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 24: 370-387.
- Merton, Robert K. 1967. *Social Theory and Social Structure*. New York: The Free Press.
- North, Douglass C. 1990. *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*. New York: Cambridge University Press.
- Nullmeier, F., T. Pritzlaff und A. Wiesner. 2003. *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Oberle, Monika. 2017. Politikwissenschaft als Bezugsdisziplin der Politischen Bildung. In *Politikwissenschaft und Politikdidaktik. Theorie und Empirie*, Hrsg. M. Oberle und G. Weißeno, 17-29. Wiesbaden: Springer VS.
- Oertzen, Jürgen v. 2006. *Das Expertenparlament. Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente*. Baden-Baden: Nomos.
- Parsons, Talcott. 1964. *Social Structure and Personality*. New York: Free Press of Glencoe.
- Patzelt, Werner J. 1989. Alltagssoziologische Antworten auf offene Fragen der Erforschung Politischer Kultur. *Archives européennes de sociologie* 30: 324-348.
- Patzelt, Werner J. 1991. Das Amtsverständnis der Abgeordneten. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B21-22: 25-37.
- Patzelt, Werner J. 1993. *Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit*. Passau: Wissenschaftsverlag Rothe.
- Patzelt, Werner J. 1996. Deutschlands Abgeordnete: Profil eines Berufsstandes, der weit besser ist als sein Ruf. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27: 462-502.
- Patzelt, Werner J. 2000. Mikroanalyse in der Politikwissenschaft. Eine ethnomethodologische Perspektive. In *Parteien, Kulturen und Konflikte. Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft*, Hrsg. Stefan Immerfall, 223-253. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Patzelt, Werner J., Hrsg. 2001. *Parlamente und ihre Symbolik. Programm und Beispiele institutioneller Analyse*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Patzelt, Werner J. 2004. Parlamentarismus. In *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionentheorie*, Hrsg. L. Helms und U. Jun, 97-129. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Patzelt, Werner J. 2009. Parlamentssoziologie. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. V. Kaina und A. Römmele, 311-351. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Patzelt, W. J. und K. Algasinger. 2001. Abgehobene Abgeordnete? Die gesellschaftliche Vernetzung der deutschen Volksvertreter. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 32: 503-527.
- Pritzlaff, Tanja. 2003. Positionierung im parlamentarischen Prozess. In *Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse*, Hrsg. L. M. Maier, A. Hurrelmann, F. Nullmeier, T. Pritzlaff und A. Wiesner, 254-266. Opladen: Leske + Budrich.
- Pritzlaff, T. und F. Nullmeier. 2009. Zu einer Theorie politischer Praktiken. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33: 7-22.
- Rebenstorf, Hilke. 1995. *Die politische Klasse. Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Reckwitz, Andreas. 2003. Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32: 282-301.
- Reiser, M., C. Hülsken, B. Schwarz und J. Borchert, 2011. Das Reden der Neulinge und andere Sünden. Parlamentarische Sozialisation und Parlamentskultur in zwei deutschen Landtagen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42: 820-834.
- Rohe, Karl. 1990. Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. *Historische Zeitschrift*: 321-346.
- Rohe, Karl. 1996. Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Hrsg. O. Niedermayer und K. von Beyme, 1-21. Opladen: Leske + Budrich.
- Rüb, Friedbert W. 2013. Mikropolitologie: Auf dem Weg zu einem einheitlichen Konzept?, In *Handbuch Regierungsforschung*, Hrsg. K.-R. Korte und T. Grunden, 339-348. Wiesbaden: Springer VS.
- Sarcinelli, U. 1989. Parlamentarische Sozialisation in der Bundesrepublik Deutschland zwischen politischer „Sonderkultur“ und Basislegitimation. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20: 388-407.
- Saretzki, Thomas. 1996. Wie unterscheiden sich Argumentieren und Verhandeln? Definitionsprobleme, funktionale Bezüge und strukturelle Differenzen von zwei verschiedenen Kommunikationsmodi. In *Verhandeln und Argumentieren. Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik*, Hrsg. Volker von Prittwitz, 19-29. Opladen: Leske+Budrich.
- Schäfer, Friedrich. 1982. *Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scheffer, Thomas. 2014. Die Arbeit an den Positionen. Zur Mikrofundierung von Politik in Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestages. *Zeitschrift für Soziologie. Sonderband Interaktion – Organisation – Gesellschaft*: 369-389.
- Schneider, H.-P. und W. Zeh, Hrsg. 1989. *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: de Gruyter.
- Schöne, Helmar. 2005. Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. Methodologische Reflexion und Werkstattbericht. *Historical Social Research* 30: 168-199.
- Schöne, Helmar. 2010. *Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie*. Baden-Baden: Nomos.
- Schöne, Helmar. 2011a. Institutionenperzeption und politische Partizipation – Wie die Bürger über politische Institutionen denken und welche Schlussfolgerungen daraus für die Förderung politischer Beteiligung zu ziehen sind. *Politische Psychologie* 1: 54-66.
- Schöne, Helmar. 2011b. Politik als Beruf: Die zweite Reihe. Zur Rolle von Mitarbeitern im US-Kongress und im Deutschen Bundestag. In *Politik als Beruf (Sonderband 44 Politische Vierteljahresschrift)*, Hrsg. W. J. Patzelt und M. Edinger, 232-254. Wiesbaden: Springer VS.

- Schöne, Helmar. 2014. Informalität im Parlament. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In *Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse*, Hrsg. S. Bröchler und T. Grunden, 155-175. Wiesbaden: Springer VS.
- Schöne, Helmar. 2017. Politikwissenschaftliche Mikroanalyse und Politische Bildung. In *Politikwissenschaft und Politikdidaktik. Theorie und Empirie*, Hrsg., M. Oberle und G. Weißeno, 87-101. Wiesbaden: Springer VS.
- Schöne, Helmar und J. v. Blumenthal. 2009. Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Rückblick und Ausblick nach 40 Jahren – zur Einführung. In *Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnissen und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag*, Hrsg. Dies, 9-33. Baden-Baden: Nomos.
- Schütz, Alfred und T. Luckmann. 1991. *Strukturen der Lebenswelt*. 4. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Searing, Donald D. 1994. *Westminster's World: Understanding Political Roles*. London: Harvard University Press.
- Shepsle, Kenneth A. 1979. Institutional Arrangements and Equilibrium in Multidimensional Voting. *American Journal of Political Science* 23: 27-60.
- Shepsle, Kenneth A. 2002. Assessing Comparative Legislative Research. In *Legislatures. Comparative Perspectives on Representative Assemblies*, Hrsg. G. Loewenberg, P. Squire und D. R. Kiewit, 387-398. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Shepsle, Kenneth A. und B. R. Weingast, Hrsg. 1995. *Positive Theories of Congressional Institutions*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Shepsle, Kenneth A. und B. R. Weingast. 1981. Structure-Induced Equilibrium and Legislative Choice. *Public Choice* 37: 503-519.
- Sieberer, Ulrich. 2015. Using MP Statements to Explain Voting Behavior in the German Bundestag: An Individual-level Test of the Competing Principals Theory. *Party Politics* 21: 284-294.
- Sieberer, U., P. Meißner, J. F. Keh und W. C. Müller. 2016. Mapping and Explaining Parliamentary Rule Changes in Europe: A Research Program. *Legislative Studies Quarterly* 41: 61-88.
- Thaysen, Uwe. 1976. *Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten, Fakten, Urteile im Grundriss*. Opladen: Leske Verlag.
- Wahlke, J., H. Eulau, W. Buchanan und L. Ferguson. 1962. *The Legislative System. Explorations in Legislative Behavior*. New York, London: Wiley.
- Whyte, William Foot. 1943. *Street Corner Society*, Chicago: University of Chicago Press.
- Willner, Roland. 2014. *Neu im Parlament. Parlamentarische Einstiegspraktiken am Beispiel der Hamburgischen Bürgerschaft*. Baden-Baden: Nomos.

Soziologie der Parlamente

Neue Wege der politischen Institutionenforschung

Brichzin, J.; Krichewsky, D.; Ringel, L.; Schank, J. (Hrsg.)

2018, VII, 424 S. 40 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19944-9